

# Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

## In dieser Ausgabe:

Exotische Blütenräume  
Ein zweifelhaftes Gutachten  
Kinderrechte ins Grundgesetz  
Atommüll in der Prignitz?  
CCS-Kungelei

**Nicht  
genehmigungsfähig!**

# DIE LINKE.

*Für eine neue soziale Idee.*

## **Bundestagsreport 19 / 2011 der Landesgruppe Brandenburg**

### **Inhalt**

<b>Strahlende Aussichten für Polen Deutschland allein zu Haus.....</b> von Sabine Stüber	<b>Seite 04</b>
<b>Schwarz-gelbe Stabilitätsblüten.....</b> von Thomas Nord	<b>Seite 06</b>
<b>Vattenfalls PR-Offensive.....</b> von Wolfgang Nešković	<b>Seite 08</b>
<b>Brandenburg macht sich stark für Kinderrechte.....</b> von Diana Golze	<b>Seite 10</b>
<b>Gorleben geht uns alle an - ganz besonders die Prignitz.....</b> von Dr. Kirsten Tackmann	<b>Seite 12</b>
<b>Im Vermittlungsausschuss droht CCS-Kungelei.....</b> von Dr. Dagmar Enkelmann	<b>Seite 14</b>
<b>Pressemitteilungen.....</b>	<b>Seite 16</b>
<b>Anträge, Anfragen &amp; Initiativen.....</b>	<b>Seite 20</b>
<b>Reden.....</b>	<b>Seite 24</b>
<b>Kontakt .....</b>	<b>Seite 25</b>
<b>Impressum .....</b>	<b>Seite 26</b>



# Strahlende Aussichten für Polen Deutschland allein zu Haus

**L**ange hing es in der Luft, in Polen sollen Atomkraftwerke (AKW) gebaut werden. Standorte wurden gehandelt, von Gryfino am polnischen Ufer der Oder war die Rede. Der Widerstand formierte sich demzufolge auch zuerst in der Uckermark, während sich auf der polnischen Seite Gemeinden als Standort für ein AKW bewarben. Dann der große Schreck – Fukushima. Für die Bundesregierung hieß das Umdenken und zu akzeptieren, dass die Technologie bei einem Störfall unbeherrschbar werden kann. Auch wenn die schwarze gelbe Energiewende kein großer Wurf ist, ein Anfang ist gemacht: Damit steht Deutschland noch ziemlich allein zwischen seinen direkten Nachbarn.

**D**ie Republik Polen wartete derweil mit einem Atomenergieprogramm auf, das beschreibt, was alles getan werden soll, um einen „sicheren“ und leistungsfähigen Betrieb der Atomkraftwerke zu gewährleisten.

von  
Sabine Stüber

**D**och bevor es richtig losgehen kann, verlangt das europäische Recht ein strategisches Umweltprüfverfahren. Ein sperriges Wort woran aber viele Hoffnungen hängen, denn es räumt Nachbarländern ein Mitspracherecht für Planungen mit grenzübergreifenden Auswirkungen ein. Bis zum 4. Januar 2012 kann nun die polnische und auch die deutsche Bevölkerung ihre Bedenken und Einwände äußern.

**E**ine deutsche Kurzfassung des polnischen Atomenergieprogramms steht im Internet. Das Bundesumweltministerium hat der zuständigen polnischen Behörde mitgeteilt, dass es eine deutsche Beteiligung an dem Verfahren geben wird. – Auch das Land Brandenburg wird eine Stellungnahme abgeben. Und wir alle hoffen auf einen deutsch-polnischen Dialog über eine gemeinsame richtungswei-

sende Energiepolitik. Beide Regierungen hatten sich noch vor wenigen Monaten, zum 20. Jahrestag des Nachbarnschaftsvertrages, dafür ausgesprochen. Aber das ist Zukunftsmusik und vorerst gibt es nur eine gute Nachricht, wenn man diese überhaupt so nennen kann: Polen will kein Atomkraftwerk mehr direkt an der deutschen Grenze bauen. Der Grund dafür ist allerdings nicht der Widerstand der Menschen diesseits der Oder. Nein, das komplizierte und sehr langwierige grenzüberschreitende Genehmigungsverfahren erschreckt die Behörden.

**D**ie schlechte Nachricht ist, wie bläuläugig, als hätte es Fukushima nicht gegeben, unsere Nachbarn ihr Energiekonzept stricken. Ein Störfall wird in den Umweltuntersuchungen nicht betrachtet. Er wird praktisch ausgeschlossen, derweil Japan zaghaft von einer wahrscheinlich erneut eingesetzten Kernschmelze in dem Kraftwerkswrack berichtet.

**E**igentlich sind Atomkraftwerke nach heutigem Kenntnisstand nicht genehmigungsfähig, denn es gibt keine Technologie für die sichere Lagerung der radioaktiven Abfälle. Deshalb nehmen in vielen Ländern die kritischen Stimmen zu. Wir können ebenfalls jetzt unsere Stimme erheben. Die Bürgerinitiative -Atomkraftfrei Leben in der Uckermark- hat einen Einspruch gegen die polnischen Atomkraftpläne formuliert, der im Internet allen zur Verfügung steht und an die zuständigen Behörden geschickt werden kann. Wir müssen wieder Unterschriften sammeln, um der polnischen Regierung zu zeigen, dass der Protest ungebrochen ist und es kein schweigendes Einverständnis der Bevölkerung geben wird.

Briefvorlagen gibt es:

[HIER](#)

# Schwarz-gelbe Stabilitätsblüten

von Thomas Nord

**V**ielleicht hat es etwas mit den bevorstehenden Parteitagen von FDP und CDU zu tun, dass die Regierungskoalition gerade reich ziselierete Stiblöten an die Wand malt. Vielleicht ist es aber auch nur das grundlegend menschliche Bedürfnis in einer dynamisch eskalierenden Krise der Europäischen Union möglichst häufig das Wort Stabilität zu benutzen. Diesen Eindruck konnte man am Mittwoch, dem 9. November bei dem Auftritt des Außenministers im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union gewinnen. Dr. Guido Westerwelle stellte seine Vorstellungen für erforderliche integrationspolitische Fortschritte zur Schaffung einer „Stabilitätsunion“ vor.

**N**eben dem unmittelbar notwendigen kurzfristigen Krisenmanagement für die aus dem Ruder gelaufene Euro-Krise hält er angesichts der erdrückenden Nachrichtenlage weitere entscheidende Schritte für notwendig. In der Diskussion über den richtigen Weg zu einer politischen Union sind für ihn Wachstum und neoliberales Konkurrenzdenken aber zwei wesentliche Voraussetzungsfaktoren, die außer Frage stehen. Diese beiden Faktoren sollen es ermöglichen, in einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion die Marktanteile des Anderen zu übernehmen. Dies mag zwischen rein wirtschaftlich aufgestellten Unternehmen funktionieren, es funktioniert aber nicht zwischen Gesellschaften und Staaten, die einer gemeinsamen Union angehören. Diese Ignoranz des neoliberalen Denkens ist ein wesentlicher Grund für die beständige Eskalation der Krise. Sie hat im

Vergleich zum April 2010 ein so großes Maß angenommen, dass nun sogar ein Konvent nach Artikel 48 EUV (Vertrag über die Europäische Union) einberufen werden soll, um die Verträge marktkonform zu verändern.

**N**ach Artikel 48 beschließt der Europäische Rat mit einfacher Mehrheit die Prüfung von Vorschlägen zur Änderung der Verträge, dann muss der Ratspräsident einen Konvent von Vertretern der nationalen Parlamente, der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, des Europäischen Parlaments (EP) und der Kommission einberufen. Der Rat kann aber auch mit Zustimmung des EP eine Regierungskonferenz der Mitgliedsstaaten der EU 27 einberufen. Nach den jetzigen Vorstellungen des Europäischen Rates soll diese Entscheidung auf dem Dezember-Gipfel getroffen werden, bis dahin werden die Vorschläge diskutiert. Einer der Änderungswünsche ist die Etablierung eines europäischen Sparkommissars für „Defizitsünder“. Aber Sünden werden vom Pfarrer vergeben, nicht von einem Kommissar. Straftatbestände hingegen werden gerichtlich beurteilt.

**N**ach Vorstellung von Westerwelle soll ein Kommissar „Durchgriffsrechte“ auf die nationalen Haushalte bekommen, was nichts anderes bedeutet, als die finanzpolitische Souveränität der nationalen Parlamente erheblich einzuschränken. Er spricht davon, eine Brandmauer einzuziehen, „damit das, was in anderen Ländern stattfindet, nicht zu uns überschwappt“.

Als würde es sich um einen Hausbrand handeln, der in einem Zimmer ausgebrochen ist.

**E**s handelt sich aber um einen Finanzmarktpolitisch entfesselten Hurrikan, der die gesamte EU bedroht. Die Euro-Krise besteht doch nicht im defizitären Budget eines Einzelstaates, sondern in der Unzulänglichkeit der institutionellen Ordnung der EU. Es ist doch gerade der gescheiterte Verfassungsverfahrenprozess, der die EU in die jetzige verfahrenslage bringt. Die im Vertrag von Lissabon festgeschriebene neoliberale Ausrichtung, mit dem die Kapitalverkehrsfreiheit festgelegt wurde, ist der ordnungspolitische Baustein, der die Finanzmarktpolitischen Kräfte entfesselt hat. Nur fünf Monate nach In-Kraft-Treten war Griechenland pleite, keine zwei Jahre später steht die gesamte Eurozone vor dem Zerfall. Die Kapitalfreiheiten müssen reguliert werden, wenn die mühselig erarbeitete europäische Friedensdividende der vergangenen 60 Jahre Bestand haben soll.

**F**ür eine Regulierung ist die weitere Unionisierung in der Tat eine der beiden denkbaaren Richtungen. Aber in seinem Urteil über die Rechtmäßigkeit des Rettungsschirms hat das Bundesverfassungsgericht im September 2011 hervorgehoben, dass der Rahmen des Grundgesetzes für eine weitere europäische Integration weitestgehend ausgeschöpft ist. Daraus folgt, wenn die Vorstellungen des Außenministers über einen europäischen Haushalts- und Sparkommissar, die ausnahmsweise mal mit denen der Bun-

deskanzlerin in Übereinkunft stehen, was in der schwarz-gelben Bundesregierung ja selten genug der Fall ist, realisiert werden sollen, muss ein Teil des Haushaltsrechts des Bundestages an eine europäische Institution übertragen werden. Dies ist ein so weit reichender Eingriff in die nationale Souveränität, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland eine neue Verfassung geben müssten.

**N**ach einem abgeschlossenen Europäischen Konvent müsste in der Bundesrepublik also nicht nur das Parlament, sondern die Bevölkerung bzw. eine Nationalversammlung über die Annahme der Vorgaben für eine neoliberale Stabilitätsunion abstimmen, in der ein Sparkommissar Entscheidungsbefugnisse über ihren Haushalt hat. Hierin liegt seit dem Verfassungsgerichtsurteil vom 7. September der eigentliche politische Sprengstoff der Krise der Europäischen Union.

**D**ie Bundesregierung verliert aus lauter Angst vor dem durch den Vertrag von Lissabon entfesselten Finanzmarkthurrigan jedes Maß an Bodenhaftigkeit. Sie arbeitet mit ihren Vorstellungen der europäischen Knute im Bereich der exotischen Blüenträume. Sie verschlimmert damit die Krise. Sie verstärkt die antieuropäischen Einstellungen. Sie verstärkt die antieuropäischen Ressentiments. Sie versucht, eine politische Ordnung durchzusetzen, die schon bei der Einführung des Euro nicht durchzusetzen war und an der die Zustimmung zur Verfassung gescheitert ist.

# Vattenfalls PR-Offensive

von Wolfgang Neškovic

Diese Woche hat Vattenfall auf einer Pressekonzferenz in Cottbus ein Gutachten zur Zukunft der Braunkohle in Ostdeutschland vorgestellt. Die Prognos AG, die im Auftrag von Vattenfall und dem Braunkohleunternehmen MIBRAG die Studie erstellt hat, wirbt hierin heftig für den Energieträger Braunkohle. Nebenbei wird die CCS-Technologie als Schlüssel für eine CO<sub>2</sub>-freie Zukunft dargestellt.

Wem das bekannt vorkommt, irrt nicht. Seit 2002 schreibt Prognos Gutachten zur Zukunft der ostdeutschen Braunkohle. Im Jahr 2005 hat das Unternehmen eine sehr ähnliche Studie für Vattenfall geschrieben. Methodik und Ergebnisse dieser Studie wurden damals lautstark von Umweltverbänden kritisiert. Der Hauptvorwurf war, dass Prognos die von Vattenfall erwünschten Ergebnisse in eine verwissenschaftlichte Form gebracht hat – und so zu sehr anderen Ergebnissen zum Thema kam als Umweltverbände und unabhängige Forschungsinstitute.

Auch mit der aktuellen Studie haben wir es mit einer PR-Maßnahme von Vattenfall zu tun. Der Energiekonzern hat sich bezahlte Schützenhilfe für die zunehmend perspektivlosen Braunkohlepläne des Unternehmens geholt. Man sollte das Gutachten also höchstens als von einseitigen Interessen geleiteten Debattenbeitrag zur Kenntnis nehmen.

Einige Punkte will ich im Folgenden kritisieren: Das Gutachten der Prognos AG versucht vergeblich, die angebliche Alternativlosigkeit zum Braunkohleabbau in Ostdeutschland herauszustellen. Dies geschieht unter anderem durch den Hinweis auf den regionalen Nutzen durch die anderweitige PR-Tätigkeiten des Vattenfall-Konzerns (beispielsweise das Sponsoring von Sportvereinen etc.): Das ist eine absurde Verzerrung der Perspektive. Natürlich ist es für die Sportvereine schön, wenn sie Geld von Vattenfall kriegen. Aber das Sponsoring von Lausitzer Organisationen macht doch die enormen Folgeschäden des Braunkohleabbaus für die Region nicht wett. Hierbei geht es nicht nur um die globalen und regionalen ökologischen Folgeschäden, sondern auch um die menschlich-gesellschaftlichen Schäden durch die erzwungene Umsiedlung im Falle der Erschließung neuer Tagebaue.

Prognos wirbt in seinem Papier einseitig für die CCS-Technologie. Das ist nicht verwunderlich. Wenn Vattenfall CCS nicht in großem Stil einsetzen kann, wird Brandenburg seine Emissionsziele nicht erreichen. Zudem ist dem Konzern bewusst, dass es ohne CCS keine neuen Tagebaue in Brandenburg geben wird. Das aber ist das Hauptziel Vattenfalls. Alles Werben ändert aber an der Sachlage nichts: CCS steht in Deutschland vor dem Aus.

Wenn überhaupt, wird momentan nur über einen Einsatz der Technik in den produzierenden Industrien diskutiert. Die großflächigen Untergrundspeicher, wie für Jämschwalde geplant, sind vom Tisch. Zudem ist dem Konzern bewusst, dass es ohne CCS keine neuen Tagebaue in Brandenburg geben wird. Das aber ist das Hauptziel Vattenfalls. Alles Werben ändert aber an der Sachlage nichts: CCS steht in Deutschland vor dem Aus. Wenn überhaupt, wird momentan nur über einen Einsatz der Technik in den produzierenden Industrien diskutiert. Die großflächigen Untergrundspeicher, wie für Jämschwalde geplant, sind vom Tisch.

Hinzu kommt: Die Prognos AG geht in ihrem Gutachten von „Prämisse aus, die nicht haltbar sind. Das Stichwort „Preisstabilität“ beispielsweise dient eigennutzgeleiteten Angstmännern. Unterschwellig ist stets die Drohung zu hören, der Strompreis werde bei einer auslaufenden Braunkohleförderung deutlich steigen. Dabei ist überhaupt nicht einzusehen, weshalb nur die Verbraucher und Steuerzahler für die Energiewende bezahlen sollen – während die Energiekonzerne auf gleichbleibende Profitmarge pochen.

Die Großkonzerne haben in den vergangenen Jahrzehnten mehr als genug abgegriffen. Laut einer Studie der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes haben E.ON,

RWE und EnBW alleine im Jahr 2009 23 Milliarden Euro Profit gemacht. Seit 2002 haben diese Unternehmen mehr als 100 Milliarden Euro an Gewinnen eingefahren.

Das stellt sich doch die Frage: Weshalb sollen diejenigen, die die Energiewende über Jahre blockiert und dabei kräftig kassiert haben, jetzt nicht mit zur Kasse gebeten werden? Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht, wie die Stromkonzerne hoffen, eine Verlängerung der staatlich gebilligten Gewinngarantien. Deshalb ist eine höhere Belastung der Konzerne im Zuge der Energiewende durchaus denkbar, was eine niedrigeren Gewinnmarge als bisher entspräche. Das kann zur Preisstabilität trotz höherer Kosten beitragen.

Generell bleibt festzuhalten: Die Prognos AG hat ebenso wenig wie Vattenfall begriffen, dass eine rein ökonomische Sicht auf den Braunkohleabbau nicht mehr ausreicht. Ein Gutachten, das ökologische und gesellschaftliche Folgeschäden des Braunkohleabbaus nicht diskutiert, kann keiner ernst nehmen. Wer sich um die Gewinne von Großkonzernen mehr Sorgen macht als die globalen Folgen des Klimawandels, ist in der gesellschaftlichen Debatte über Umweltschutz und Energiesicherheit ohnehin kein seriöser Gesprächspartner.

# Brandenburg macht sich stark für Kinderrechte

von Diana Golze

**K**inderrechte in der Landesverfassung sind in Brandenburg seit längerem keine fixe Idee mehr, sondern Realität. Nun soll sich das Bundesland Brandenburg auch im Bundesrat mit einer eigenen Initiative dafür einsetzen, Kinderrechte auch im Grundgesetz verankern zu lassen. Der Landtag stimmte in dieser Woche mit breiter Mehrheit für einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und Linkspartei:

**G**rundlage der geforderten Bundesratsinitiative sollen die Leitsätze aus der Brandenburger Verfassung bilden, in denen der besondere Schutz von Kindern und Jugendlichen festgeschrieben wird und sie als eigenständige Personen anerkannt werden, die somit Recht auf Achtung ihrer Würde haben. Mit diesem Beschluss wird das Bündnis im Bundesrat zur Stärkung der Kinderrechte in Deutschland breiter.

Entsprechende Initiativen liegen der Länderkammer bereits aus anderen Bundesländern vor und so wächst die Hoffnung, dass es anders als 2008 eine Mehrheit für ein klares Bekenntnis des Bundesrates zu den Kinderrechten geben könnte.

**B**eachtlich ist allerdings die Rolle, die die brandenburgische CDU in der Landtagsdebatte spielte. Während man sich auf Landesebene als Kämpfer für Kinderrechte gibt und – die eigene jahrelange Regierungsverantwortung vergessend – weitgehende Forderungen an die Rot-Rote Landesregierung aufmacht, stellt die CDU auf der Bundesebene seit vielen

Jahren auf sture Ablehnung. Während also die brandenburgische CDU in Potsdam lauthals nach einem Bericht zur Situation und den Problemen der Kinder im Land ruft, sich aber dennoch für eine Grundgesetzänderung starkmachen würde, lassen die Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin in altgewohnter Manier gleichlautende Forderungen der Oppositionsfraktionen mit einer einmütigen Mehrheit erneut im Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchfallen.

**G**anz offenkundig weiß bei der CDU in Fragen Kinderrechte die eine Ebene nicht, was die Marschrichtung der anderen ist. Und so bleibt zu fragen, ob die Kinderbeauftragte der brandenburgischen CDU-Landtagsfraktion nicht vielleicht eher die eigene Partei und die Zustimmung ihrer Fraktion zu einer solchen Landesinitiative meint, wenn sie fragt, ob es nun ein aufrichtiges Anliegen sei oder nur Populismus.

**A**nders als die CDU spricht DIE LINKE auf Landes- auf Bundesebene in Sachen Kinderrechte mit einer Stimme. Auf Landesebene war DIE LINKE in Brandenburg mit diesem Anliegen in dieser Woche erfolgreich. Im Bundestag wird sie Ende November die Forderung nach der überfälligen Grundgesetzänderung zu Gunsten der Kinder und Jugendlichen mit eigenen Anträgen bekräftigen. Denn DIE LINKE bleibt dabei: Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Darum wird DIE LINKE alles tun, um die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz auf der politischen Tagesordnung zu halten und eine breite gesellschaftliche Mobilisierung für dieses Thema zu befördern – und das auf allen politischen Ebenen.



Foto: Konstanin Brückner (3)

# Gorleben geht uns alle an und ganz besonders die Prignitz

von Dr. Kirsten Tackmann

**E**nergiepolitik ist ein zentrales Profilierungsfeld für DIE LINKE, denn für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft ist ein Paradigmenwechsel in der Energieerzeugung und -nutzung ein sehr wichtiges Element. Dazu gehören der unverzügliche Ausstieg aus der Atomenergie und ein mittelfristiger Ausstieg aus der Kohleverstromung. Aber DIE LINKE will auch eine sichere Versorgung mit bezahlbarer, nachhaltig erzeugter Energie. Es geht um mehr als den Wechsel der Energiequelle. Wir brauchen eine Verringerung des Verbrauchs, verlustarme Speicherung und Verteilung, effizientere und dezentrale Erzeugung, örtliche Zusammenarbeit von Erzeugung und Verbrauch, demokratische Verfügung und Mitsprache etc.

**N**eben dem perspektivischen Systemwechsel müssen wir aktuelle Probleme der verfehlten Energiepolitik lösen. Dazu gehört das seit Jahrzehnten ungelöste Problem der sicheren Lagerung des Atomabfalls. Wie schnell ein vermeintlich fernes Problem zu einem sehr nahen werden kann, erlebt gerade die Prignitz. Sicher haben auch dort nicht wenige mit dem Widerstand im Wendland gegen Atomabfall-Transport und Lagerung sympathisiert oder ihn aktiv unterstützt. Unterdessen wissen aber immer mehr Menschen in der Region im Nordwesten Brandenburgs, dass ihnen das Problem Gorleben viel näher ist als gedacht. Denn der Salzstock Gorleben liegt nur zur Hälfte westlich der Elbe – die andere Hälfte liegt unter der Prignitz.

**A**ber das wissen noch viel zu wenige. Deshalb hatte am vergangenen Montag zum zweiten Mal DIE LINKE in Land- und Bundestag zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Die erste fand in Lenzen statt, diesmal lud Thomas Domres, MdL in den Landtag Brandenburg ein. Er hat die Themenreihe „Energiepolitische Gespräche“ initiiert und organisiert. Hinter dem etwas trockenen Titel „Die Planung der Bundesregierung für ein Atomendlager in Gorleben und die Betroffenheit Brandenburgs“ stehen hochbrillante Fakten. Sie wurden vom Geologen Ulrich Schneider vorgelegt und von Dr. Freytag, Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe bestätigt. Sie beweisen, dass der Salzstock Gorleben-Rambow grundsätzlich geologisch nicht geeignet ist für eine Einlagerung von Atomabfall. Unter anderem fehlt eine sichere geologische Deckschicht und unter bzw. im Salzstock ist explosives Erdgas eingelagert. Da unterirdisch Wasser im Salzstock in Richtung Brandenburg abfließt wird vermutet, dass die Betroffenheit bei Zwischenfällen auf Brandenburger Seite sogar größer wäre als im Wendland selbst.

**D**orothee Menzner, MdB energiepolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion und der Fraktionsreferent Dieter Scharschmidt haben recherchiert, dass Ende der 1960er Jahre auf DDR-Seite ein Bohrloch im Salzstock aufgrund des eingelagerten Erdgases explodierte. Ein weiteres Risiko, das die Einlagerung von Atomabfall im Salzstock Gorleben-Rambow völlig absurd macht.

**E**s heißt also: Widerstand leisten – gemeinsam im Wendland und in der Prignitz!



# Im Vermittlungsausschuss droht CCS-Kungelei

von Dr. Dagmar Enkelmann

Rund hunderttausend Menschen in Deutschland unterstützen mittlerweile mit ihrer Unterschrift einen Appell von Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen, die CO<sub>2</sub>-Speicherung in der Bundesrepublik ein für allemal zu verbieten. Diese enorme Zahl kommt zusammen, wenn man die Mitglieder der Bürgerinitiativen, die Einzelpersonen und die unterstützenden Vereine, Verbände und Firmen addiert.

Die Kraft der Bewegung ist ungebrochen. Das spürte ich persönlich auch bei der jüngsten Mahnwache in Letschin im Oderbruch, in meinem Wahlkreis. Dort wurde fast zwei Jahre lang jeden Sonntag dafür gesorgt, dass der Widerstand gegen CCS nicht erlahmt.

Die Anti-CCS-Bewegung hat einige Erfolge erzielt. Nach wie vor steht die Ampel für CCS auf Rot, gibt es keine gesetzliche Grundlage für eine unterirdische Speicherung in großem Maßstab – da kann z.B. Vattenfall mit Gefälligkeitsgutachten trommeln, wie es will. Auch der Versuch der Bundesregierung, die Verantwortung abper Länderklausel an die Bundesländer abzuschieben, schlug fehl. Dem CCS-Gesetz wurde im Bundesrat nicht zugestimmt.

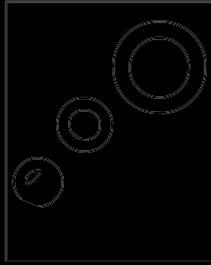
Nach einiger Zeit der Ratlosigkeit entschied sich die Bundesregierung, wegen des CCS-Gesetzes doch noch den Vermittlungsausschuss anzurufen. Offiziell begründet sie das u.a. mit dem drohenden Vertragsverletzungsverfahren durch die EU. Das ist an den Haaren herbeigezogen. Denn ein bundesweites Verbot, CO<sub>2</sub> unterirdisch zu verpressen, lässt die EU-Richtlinie ausdrücklich zu.

Ein Verbot will die Bundesregierung allerdings nicht – die Anrufung des Vermittlungsausschusses kann nur den Zweck haben, einen neuen CCS-Kompromiss zu finden. Dabei will man sich nur ungern und schon gar nicht von den Bürgerinitiativen in die Karten schauen lassen. Es wäre für mich keine Überraschung, wenn der Vermittlungsausschuss bald eine informelle Arbeitsgruppe schafft, in der Union, SPD und Grüne hinter verschlossenen Türen über CCS reden wollen – unter Ausschluss der Fraktion DIE LINKE. Das werde ich zu verhindern versuchen und dazu auch alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen.

Mögliche Kompromisse zeichnen sich bereits ab. So plädieren auch die Grünen dafür, die so genannten Industrieemissionen – z.B. aus der Zement- und Stahlindustrie – per CCS zu „entsorgen“. Wie sie dann aber Stromkonzernen wie Vattenfall die Speicherung verweigern wollen, müssen die Grünen noch erklären. Andere könnten mit einem Forschungsgesetz leben, das die Einlagerung von 100.000 Tonnen CO<sub>2</sub> zulässt.

Tatsache ist aber: CCS ist wegen der unkalkulierbaren Risiken und gegen den Willen der Bevölkerung nicht durchzusetzen. Darüber hinaus behindert CCS die dringend notwendige Energie- und Klimawende. Finanzielle Ressourcen, die in alternative, nachhaltige Klimaschutztechniken fließen könnten, werden gebunden. Das sollten endlich alle Politiker und Politikerinnen zur Kenntnis nehmen und vor allem diejenigen, die – teilweise entgegen einstiger Wahlversprechen – CCS auf Umwegen doch noch zum Durchbruch verhelfen wollen.

© Peter Schütz, pixelio.de



CO<sub>2</sub>

## LINKE beantragt Aktuelle Stunde zum Mindestlohn

31.10.2011 – DAGMAR ENKELMANN



rantierter, flächendeckender Mindestlohn. Dazu bedarf es keiner Parteitagebeschlüsse, sondern unverzüglich politischen Handelns der Bundesregierung. Das will DIE LINKE in der nächsten Woche im Bundestag in einer Aktuellen Stunde thematisieren“, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Überlegungen in der Union für eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze. Enkelmann weiter:

„Die wirksamste Maßnahme gegen den sich ausbreitenden Niedriglohnssektor ist ein gesetzlich garantiertes Mindestlohn. Die herrschende Politik hat vor

## Versagen der Bundesregierung beim Ausbau der Kinderbetreuung statistisch belegt

08.11.2011 – DIANA GOLZE

„Die nüchternen Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen, dass die Bundesregierung nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen hat, um den Ausbau der Kinderbetreuung zu forcieren“, erklärt die Kinder- und Jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Diana Golze, angesichts der heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Erhebung „Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kinder Tagespflege“. „Wer den schleppenden Fortgang des Ausbaus nun immer noch schön redet, kann entweder keine Statistiken lesen, oder er versucht die Bevölkerung für dumm zu verkaufen.“

Seit Jahren ist bekannt, dass die Kinderbetreuungslandschaft auf einen Fachkräftemangel sondergleichen zusteuert, aber die Bundesregierung unternimmt nichts. Nun chend handeln – und zwar schnell.“

Sonst stehen wir spätestens 2013, wenn der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung bundesweit gilt, vor massiven Problemen. Der Bund hat diesen Rechtsanspruch geschätzt. Nun muss er endlich entscheiden handeln – und zwar schnell.“

## Familienpolitik aus der Mottenkiste

07.11.2011 – DIANA GOLZE

„Der Beschluss zum Betreuungsgeld zeigt einmal mehr, dass die schwarz-gelbe Familienpolitik aus der Mottenkiste stammt“, kommentiert Diana Golze, Leiterin des Arbeitskreises „Arbeit und soziale Sicherung“ sowie kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die Ergebnisse des gestrigen Koalitionsgipfels.

„Mit den für dieses konservative Prestigeobjekt eingeplanten Milliarden werden alte Rollenbilder gepflegt – zu Lasten der frühkindlichen Förderung und einer möglichen frühzeitigen Integration in die Gesellschaft. Dieses Geld sollte nur so könne gewährleistet werden, dass die Leistungen bei den Kindern ankommen, wurden statt nach dem Urteil mehr als die Hälfte des menschenwürdigen Existenzminimums zu garantieren, ein bürokratisches Monster gemacht. Dass nur etwa 45 Prozent der Berechtigten das Bildungs- und Teilhabepaket in Anspruch nehmen, zeigt, dass dieser Ansatz für viel zu viele Leere läuft“, kritisiert die Leiterin des Arbeitskreises „Arbeit und soziale Sicherung“ der Fraktion DIE LINKE, Diana Golze, anlässlich der Zwischenbilanz der Bundesregierung zum „Bildungs- und Teilhabepaket“. Golze weiter:

## Bildungs- und Teilhabepaket bleibt ein bürokratisches Monster

02.11.2011 – DIANA GOLZE

„Die Bundesregierung hat aus dem Auftrags des Bundesverfassungsgerichts, Bildung und Teilhabe als Teil des menschenwürdigen Existenzminimums zu garantieren, ein bürokratisches Monster gemacht. Dass nur etwa 45 Prozent der Berechtigten das Bildungs- und Teilhabepaket in Anspruch nehmen, zeigt, dass dieser Ansatz für viel zu viele Leere läuft“, kritisiert die Leiterin des Arbeitskreises „Arbeit und soziale Sicherung“ der Fraktion DIE LINKE, Diana Golze, anlässlich der Zwischenbilanz der Bundesregierung zum „Bildungs- und Teilhabepaket“. Golze weiter:

Das Bundesverfassungsgericht hat seinerzeit deutlich ausgeführt, dass Kinder und Jugendliche im Grundschulalter und Jugendliche im Grundschulalter Anspruch auf einen grundlegend falschen Ansatz gewählt. Mit der ideologischen Begründung, Sicherstellung dieses Leistungsan-

## Schily's Meisterschüler

02.11.2011 – WOLFGANG NEŠKOVIC



immer die Freiheit einer vermeintlichen Sicherheit opfern.

Dabei wusste schon Aristoteles, dass derjenige, der die Sicherheit der Freiheit vorzieht, zu Recht ein Sklave ist“, erklärt Wolfgang Neškovic, Justiziar der Fraktion DIE LINKE und Bundesrichter a.D., anlässlich der heutigen Ernennung Gerhard Schindlers zum Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes. Neškovic weiter:

„Der neue BND-Präsident ist ein Meisterschüler der politischen Schily und Schäuble. Schindler wird im Zweifel

Sicherheitspolitik wünschen. Mit der Ernennung Schindlers trägt die FDP ein weiteres Mal dazu bei, dass ein innenpolitischer Hardliner eine Schlüsselposition innerhalb der Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik besetzt.

Schindler hat sich in der Vergangenheit – insbesondere im BND-Untersuchungsausschuss – nicht nur als ein gelehriger Schüler von Schily und Schäuble erwiesen, sondern auch als ein Meister des Täu-

sens und Vertuschens. Vielleicht sind es diese Eigenschaften, die letztlich für seine Wahl ausschlaggebend waren.“

## Änderung der Zivilprozessordnung ist Bürgereinsatz zu verdanken

28.10.2011 – WOLFGANG NEŠKOVIC

„Die nun in Kraft getretene Änderung des §522 Abs. 2 der Zivilprozessordnung ist vor allem dem Einsatz eines Bürgers zu verdanken. Ohne die Hartnäckigkeit von Horst Glanzer wäre keine Änderung der Rechtslage eingetreten“, erklärt Wolfgang Neškovic, Justiziar der Fraktion DIE LINKE und Bundes-

richter a.D., zur am 27. Oktober in Kraft getretenen Neufassung des §522 der Zivilprozessordnung. Neškovic weiter: Fachleute haben es durch ihr Engagement und ihre Sachkunde geschafft, Politiker für dieses Thema zu sensibilisieren. Dafür gebührt ihnen besonderer Dank.“



Foto: Gerd Altmann, pixello.de

## Brandenburg hat starken Rückhalt in der Linksfraktion im Bundestag

09.11.2011 – THOMAS NORD



glieder aus Brandenburg vertreten sein. Damit wurde die Hälfte der Brandenburg Bundestagsabgeordneten in den Vorstand gewählt.

Die starke personelle Präsenz der Brandenburg Abgeordneten im Dr. Dagmar Enkelmann wurde mit 64,5% (49 Ja, 22 Nein, 5 Enthaltungen) als 1. Parlamentarische Geschäftsführerin bestätigt.

Dr. Kirsten Tackmann wurde mit dem besten Ergebnis von 74,3% (55 Ja, 14 Nein, 5 Enthaltungen)

Anlässlich der am 08.11.2011 stattgefundenen Vorstandswahl zur Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag erklärt der Sprecher der Landesgruppe Brandenburg, Thomas Nord: „Im neu gewählten 16-köpfigen Fraktionsvorstand werden drei Mit-

glieder aus Brandenburg vertreten sein. Damit wurde die Hälfte der Brandenburg Bundestagsabgeordneten in den Vorstand gewählt. Die Ergebnisse im Einzelnen: Dr. Dagmar Enkelmann wurde mit 64,5% (49 Ja, 22 Nein, 5 Enthaltungen) als 1. Parlamentarische Geschäftsführerin bestätigt. Dr. Kirsten Tackmann wurde mit dem besten Ergebnis von 74,3% (55 Ja, 14 Nein, 5 Enthaltungen) als Sprecherin der Landesgruppe (Haushalt, Ostdeutschland, Stadtentwicklung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Petitionen, Verkehrs- und Kommunalpolitik, Tourismus und Sport) gewählt. Diana Golze wurde mit 61,3% (46 Ja, 15 Nein, 14 Enthaltungen) als

# DIE LINKE.

## BRANDENBURG

# ▼ Anträge, Anfragen & Initiativen

09.11.2011 ▼

▲ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/7655](#)

**Die Billigkeitsrichtlinie zu den Umstellungskosten aus der Umwidmung von Frequenzen („Digitale Dividende“) den Realitäten im Kulturbetrieb anpassen**

Durch die kürzliche Umwidmung und Versteigerung von Funkfrequenzen (Dig. Dividende) sind viele kulturelle Einrichtungen (z.B. Theater) gezwungen, ihre Funkanlagen zu erneuern, wodurch entsprechende Kosten entstehen. Die Richtlinie, die die Entschädigung der betroffenen Einrichtungen regelt, ist so eng gefasst, dass die Mehrheit der betroffenen Einrichtungen keine Leistungen erhält.

▲ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/7635](#)

**Streumunition nicht wieder zulassen – gegen ein Protokoll über Streumunition zum CCW**

DIE LINKE unternimmt alles, um zu verhindern, dass Streumunition über das CCW-Protokoll wieder vermehrt verwendet wird. Wir wollen das bestehende Verbot (Oslo-Konvention) weltweit gültig machen und die Ächtung von Streumunition als Ware weiter vorantreiben. Streumunition trifft größtenteils unschuldige ZivilistInnen nach Konflikten (Überreste).

▲ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/7634](#)

**CASTOR-Transport 2011 nach Gorleben stoppen**

Im Zwischenlager Gorleben steht erst ein Viertel der genehmigten Castorbehälter und trotzdem übersteigt die Strahlenbelastung schon die Grenzwerte. Eine Einlagerung weiteren Atommülls im Zuge des geplanten Castortransports Ende November wäre ein fahrlässiger Umgang mit der Gesundheit der Bevölkerung und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zwischenlagers. Der Castortransport muss daher abgesagt werden, die Betriebsgenehmigung für das Zwischenlager Gorleben auf den Prüfstand.

28.10.2011 ▼

▲ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/7484](#)

**Die Europäische Sozialcharta endlich umsetzen**

Die revidierte Fassung der Europäischen Sozialcharta soll umgehend in Deutschland an den Bundestag zur Ratifikation weitergeleitet werden, insbesondere soll die Europäische Sozialcharta durch folgende Maßnahmen umgesetzt werden: Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, Verkürzung der Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden, 500 Euro Euro-Soforthöhung des Hartz IV-Regelsatzes

27.10.2011 ▼

▲ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/7488](#)

**Ilse Stöbe als Widerstandskämpferin im Auswärtigen Amt anerkennen**

Der Antrag ist ein Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der Regierungsinstitutionen. Diese unterlag lange den Diskursen des Kalten Krieges, weswegen Widerstandstätigkeit und Informationsweitergabe an die Sowjetunion nicht wie die selbe Tätigkeit in Zusammenarbeit mit den West-Institutionen behandelt wurden. Dieser Antrag soll dazu beitragen das zu ändern.

▲ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/7487](#)

**Keine Liberalisierung des Buslinienfernverkehrs – Für einen Ausbau des Schienenverkehrs in der Fläche**

Die Bundesregierung plant die völlige Liberalisierung der Fernbusverkehre. Da dies nicht in eine Gesamtstrategie eingebettet ist, wird sich dies nachteilig auf den Schienenpersonenverkehr auswirken. Statt durch Busse „Druck“ auf die Bahn auszuüben – der von den Beschäftigten und Kunden ausgedeutet würde, wollen wir ein besseres Bahnangebot durch eine Wiedereinführung der Interregio-Züge erreichen. Fernbusse sehen wir nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zum Bahnverkehr.

▲ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/7486](#)

**Aufbewahrungsfrist der Lohnunterlagen von DDR-Betrieben bis 31. Dezember 2016 verlängern**

Zum Jahresende 2011 läuft die Aufbewahrungsfrist für Lohnunterlagen aus DDR-Zeiten ab. Aber noch haben fast 650.000 Menschen in Ostdeutschland ihr Rentenkonto nicht geklärt. Ein Teil von ihnen wird noch Dokumente über Arbeitsstellen, Beschäftigungszeiten und Einkommen benötigen, um sich den vollen Rentenanspruch zu sichern. Deshalb beantragen wir, die Aufbewahrungsfrist um fünf Jahre zu verlängern.

▲ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/7485](#)

**Umbenennung von Bundeswehrkasernen und Straßennamen auf den Bundeswehrfliegerstationen**

Bis heute sind noch mehr als zwei Dutzend Kasernen nach Wehrmachtsoldaten benannt, die den verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieg mitgetragen haben. Die Bundeswehr ist immer noch nicht bereit, eine wirkliche Zäsur zu der Wehrmacht und ihrer Rolle in der nationalsozialistischen Diktatur und dem Zweiten Weltkrieg vorzunehmen und sich als demokratische Streitkraft zu verorten. Das Traditionsverständnis der Bundeswehr gehört auf den Prüfstand, die Kasernennamen müssen geändert werden.

# ▼ Anträge, Anfragen & Initiativen

09.11.2011 ▼

▲ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/7467](#)

## Zwischenbericht zur Umsetzung der Empfehlungen des CEDAW-Ausschusses veröffentlichten

Die Bundesregierung hat den Zwischenbericht zur Umsetzung der Empfehlungen des CEDAW-Ausschusses (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women) noch nicht veröffentlicht. Die Linksfraktion erfragt was die Bundesregierung daran hindert und fordert die Veröffentlichung des Zwischenbericht vor allem hinsichtlich der eingeforderten Maßnahmen zur Herstellung einer Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern und zum eingeforderten Dialog mit Trans- und Intersexuellen.

08.11.2011 ▼

▲ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/7468](#)

## Pressefreiheit und Situation von Roma in Ungarn

DIE LINKE thematisiert mit dieser Kleinen Anfrage die sich verschlechternde Menschenrechtslage im EU-Mitgliedslang Ungarn. Schwerpunkte bilden die Pressefreiheit und die Situation der Roma-Bevölkerung, die unter verschärfter Diskriminierung insbesondere bei der sozialen Integration leidet und zunehmenden gewalttätigen Übergriffen rechter paramilitärischer Verbände sowie rassistischen Hetzkampagnen rechtspopulistischer Parteien ausgesetzt ist.

03.11.2011 ▼

▲ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/7569](#)

## Antimuslimische Hetze

Antimuslimischer Rassismus findet sich in Deutschland bei Parteien der extremen Rechten sowie einer Vielzahl von Internetseiten wie Politically Incorrect (PI), um die sich eine vernetzte und organisierte Szene gebildet hat. Bislang schätzte der Verfassungsschutz PI nicht als rechtsextrem ein. Die Linksfraktion hinterfragt diese Einschätzung.

▲ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/7561](#)

## Humanitäre Katastrophe und politisch-militärische Interessen in Somalia

Seit mehr als zwanzig Jahren werden die Menschen in Somalia infolge militärischer Interventionen und Bürgerkriege in dieser geopolitisch bedeutenden Region mit einer humanitären Katastrophe konfrontiert, die sich in diesem Jahr weiter verschärft hat. Die Kleine Anfrage will die politisch-militärischen Zusammenhänge dieser Hungerkatastrophe beleuchten und abfragen.

02.11.2011 ▼

▲ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/7550](#)

## Aussteigerprogramm des Bundesamts für Verfassungsschutz für sogenannte Linksextremisten

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat ein „Aussteigerprogramm“ für sogenannte Linksextremisten gestartet, nach dem Modell ähnlicher Programme für Neofaschisten. Die Gleichsetzung entspricht dem Extremismusansatz, ist aber inhaltlich abwegig, weil es keinerlei Hinweise gibt, dass Mitglieder linker Organisationen bei deren Verlassen irgendwelche Schwierigkeiten haben. Das Programm dient nach Ansicht der LINKEN eher dem Gewinnen von Spitzeln.



27. 10. 2011 – DIANA GOLZE

## Für eine moderne und zukunftsweisende Familienpolitik

Was versteht DIE LINKE unter Familie, und was leiten wir daraus ab? Ich zitiere aus unserem Antrag: „Familie ist dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen, unabhängig von Tauschein oder sexueller Orientierung.“ DIE LINKE findet, das ist ein modernes Familienbild, das traditionelle Rollenbilder überwinden will und das auch einen besseren Blick auf die Realität der Familien in Deutschland darstellt.

27. 10. 2011 – DIANA GOLZE

## Stärkere Berücksichtigung der sozialen Lage der Kinder

Der Kinderschutz steht und fällt mit der personellen und strukturellen Lage aller Beteiligten vor Ort. Dazu macht dieses Gesetz aber keine Aussage. In der Anhörung gab es die Anregung, zu prüfen, ob eine Fallzahlbegrenzung in der Jugendhilfe ähnlich wie im Vormundschaftsrecht sinnvoll ist.



27. 10. 2011 – SABINE STÜBER

## Umweltauditgesetz – des Kaisers neue Kleider

Umweltaudit bzw. die Umweltbetriebsprüfung, das ist alles gut und schön, nur leider ohne große Wirkung auf die Umwelt. Oft reichen Recyclingpapier oder Energiesparlampen für ein Zertifikat. Das ist zu wenig, bisher profitieren Berater und Zertifizierer mehr als die Umwelt von diesem Audit.

▶ [weiterlesen](#) [HIER](#)

▶ [weiterlesen](#) [HIER](#)

▶ [weiterlesen](#) [HIER](#)

## Sabine Stüber



### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72138  
Telefax: (030) 227-76138  
E-Mail: [sabine.stueber@bundestag.de](mailto:sabine.stueber@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46  
16225 Eberswalde  
Telefon: (03334) 385155  
Telefax: (03334) 385156  
E-Mail: [sabine.stueber@wk.bundestag.de](mailto:sabine.stueber@wk.bundestag.de)

### Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1  
17291 Prenzlau  
Telefon: (03984) 8621862  
Telefax: (03984) 8621863  
E-Mail: [sabine.stueber@wk2.bundestag.de](mailto:sabine.stueber@wk2.bundestag.de)

## Thomas Nord



### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72675  
Telefax: (030) 227-76675  
E-Mail: [thomas.nord@bundestag.de](mailto:thomas.nord@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11  
15230 Frankfurt (Oder)  
Telefon: (0335) 869 508 31  
Telefax: (0335) 869 508 32  
E-Mail: [thomas.nord@wk.bundestag.de](mailto:thomas.nord@wk.bundestag.de)

### Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG  
15517 Fürstenwalde/Spree  
Telefon: (03361) 34 26 18  
Telefax: (03361) 34 26 24  
E-Mail: [thomas.nord@wk2.bundestag.de](mailto:thomas.nord@wk2.bundestag.de)

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

## Diana Golze



### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72329  
Telefax: (030) 227-76329  
E-Mail: [diana.golze@bundestag.de](mailto:diana.golze@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2  
14712 Rathenow  
Telefon: (03385) 494521  
Telefax: (03385) 494522  
E-Mail: [diana.golze@wk.bundestag.de](mailto:diana.golze@wk.bundestag.de)

### Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53  
14806 Belzig  
Telefon: (033841) 32547  
Telefax: (033841) 43880  
E-Mail: [diana.golze@t02.bundestag.de](mailto:diana.golze@t02.bundestag.de)

### Wahlkreisbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2  
14770 Brandenburg an der Havel  
Telefon: (03381) 211789  
Telefax: (03381) 229961  
E-Mail: [brb@diana-golze.de](mailto:brb@diana-golze.de)

### Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62  
14913 Jüterbog  
Telefon: (03372) 432691  
Telefax: (03372) 432691

## Wolfgang Neschković



### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72065  
Telefax: (030) 227-76468  
E-Mail: [wolfgang.neskovic@bundestag.de](mailto:wolfgang.neskovic@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro Cottbus

Straße der Jugend 114  
03045 Cottbus  
Telefon: (0355) 7842350  
Telefax: (0355) 7842351  
E-Mail: [wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de](mailto:wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de)

## Dr. Dagmar Enkelmann



### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-78220  
Telefax: (030) 227-76219  
E-Mail: [dagmar.enkelnmann@bundestag.de](mailto:dagmar.enkelnmann@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro Bernau

Berliner Str. 17  
16321 Bernau b. Berlin  
Telefon: (03338) 459-543  
Telefax: (03338) 459-549  
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr, 9.00 – 17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung  
E-Mail: [wk-b-enkelnmann@t-online.de](mailto:wk-b-enkelnmann@t-online.de)

### Wahlkreisbüro Strausberg

Wallstr. 8  
15344 Strausberg  
Telefon: (03341) 303-984  
Telefax: (03341) 303-985  
E-Mail: [dagmar.enkelnmann@wk.bundestag.de](mailto:dagmar.enkelnmann@wk.bundestag.de)

## Dr. Kirsten Tackmann



### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-74308  
Telefax: (030) 227-76308  
E-Mail: [kirsten.tackmann@bundestag.de](mailto:kirsten.tackmann@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1  
16866 Kyritz  
Telefon: (033971) 32-857  
Telefax: (033971) 32-893  
E-Mail: [kirsten.tackmann@wk.bundestag.de](mailto:kirsten.tackmann@wk.bundestag.de)

### Büro Perleberg

Bäckerstraße 21  
19348 Perleberg  
[perleberg@kirsten-tackmann.de](mailto:perleberg@kirsten-tackmann.de)

## Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3  
14469 Potsdam  
Telefon: (0331) 20009-0  
Telefax: (0331) 20009-10  
E-Mail: [info@dielinke-brandenburg.de](mailto:info@dielinke-brandenburg.de)





Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild! Der nächste Bundestagsreport erscheint am 25.11.2011.



## Impressum

Deutscher Bundestag • Fraktion DIE LINKE • Landesgruppe Brandenburg  
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: [thomas.nord@bundestag.de](mailto:thomas.nord@bundestag.de)